

Konfuses aus dem Kanzleramt

Bei der EU-Debatte über den Emissionshandel haben die Deutschen eine peinliche Vorstellung geliefert – sie waren intern zu zerstritten, um mitzuverhandeln **VON THOMAS LANGROCK UND TILMAN SANTARIUS**

Wenn der Rat der europäischen Umweltminister morgen über ein europaweites Emissionshandelssystem abstimmt, wird es spannend. Unabhängig vom Ergebnis der Ratstagung steht bereits jetzt fest: Deutschland hat bei den Verhandlungen alles andere als eine Glanzleistung abgeliefert. Schon bei der innenpolitischen Debatte hat es das Bundeskanzleramt versäumt, die Teilnehmer mit den europapolitischen Realitäten zu konfrontieren. Überdies führten die interne Zerstrittenheit und ein Rückfall in den korporatistischen Regierungsstil der 70er Jahre dazu, dass die Bundesregierung in Brüssel ins Abseits geriet.

Bereits seit Jahren wird auf europäischer Ebene über die Einführung eines Emissionshandels diskutiert. Die Bundesrepublik Deutschland schaltete frühzeitig: Schon im Dezember 2000 wurde auf Initiative des Umweltministeriums und mit Beschluss des Bundeskabinetts eine Arbeitsgruppe „Emissionshandel“ gegründet. Bis heute finden sich Vertreter von Verbänden und Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Ministerialbeamte und Parlamentarier regelmäßig an einem runden Tisch zusammen – mit dem Ziel, ein Emissionshandelssystem in Deutschland einzuführen. Im Mandat für die Arbeitsgruppe wurde eindeutig festgelegt, dass in jedem Falle die europäischen Vorgaben zu berücksichtigen seien.

Dennoch fehlte es der Haltung der Bundesregierung bis zum Schluss an Klarheit; der Einfluss der verfeindeten Lager reichte bis weit in die Ministerien hinein. Umweltminister Jürgen Trittin etwa begrüßte ausdrücklich die EU-Forderung, Betreiber von Industrie- und Verbrennungsanlagen zur Teilnahme am Emissionshandel zu verpflichten. Ex-Wirtschaftsminister Werner Müller dagegen brachte gegensätzliche Ideen ins Spiel. Mal sollte ganz Deutschland vom Emissionshandel ausgenommen werden, dann wieder nur bestimmte Branchen oder Industrieanlagen.

Der Streit schien den Koalitionspartnern so virulent, dass die Linie der Bundesregierung im Koalitionsvertrag neu fixiert wurde. Dort wurde erklärt, der Emissionshandel werde grundsätzlich begrüßt. Als Kompromiss im Streit um die verpflichtende Teilnahme am Emissionshandel wurde vereinbart, Industrieanlagen in Pools zusammenzufassen. Kurz darauf zeigte sich jedoch, dass das Pool-Modell nur ein Scheinkompromiss war, denn Wirtschaftsminister Wolfgang Clement torpedierte den Emissionshandel nicht weniger grundsätzlich als sein Vorgänger. Ihm schwebte unter anderem ein Pool aller betroffenen Unternehmen

vor – was de facto wiederum das komplette Aussetzen des Emissionshandels in Deutschland bedeutete hätte.

Die Zerstrittenheit der Bundesregierung hat vor allem europapolitische Konsequenzen. Eine Regierung, die keine einheitliche Meinung hat, kann in Brüssel nicht mitverhandeln. Die Peinlichkeit fand auch nach der Bundestagswahl kein Ende. Zwar war das Pool-Modell für Industrieanlagen zur deutschen Position avanciert. Dennoch konnte die Bundesregierung ihren Verhandlungspartnern nicht fristgerecht erklären, wie dieses Pool-Modell aussehen sollte.

Die Ursache für das Versagen liegt darin, dass trotz der erheblich divergierenden Meinungen keiner der politischen Akteure die Führung übernahm. Das Kanzleramt hat sich bis heute nicht zwischen zwei verschiedenen politischen Zielsetzungen entscheiden können.

Einerseits versuchte Kanzler Gerhard Schröder, betroffene Unternehmen frühzeitig in die Bemühungen um eine gemeinsame europäische Richtlinie einzubinden. Der Emissionshandel in Deutschland sollte zudem so ausgestaltet werden, dass ökologische, wirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte sich die Waage halten würden.

Die Bundesregierung hat in Brüssel jede Menge Porzellan zerschlagen

Auf der anderen Seite wurde quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit versucht, die Verhandlungen auf europäischer Ebene zu blockieren – ganz im Sinne des klassischen westdeutscher Korporatismus. Wie Reinhard Loske, Fraktionsvize von Bündnis 90/Die Grünen, es ausdrückt: „Der große westdeutsche Staat trifft große Absprachen mit der großen Industrie.“ Vier Vorstandsvorsitzende großer deutscher Unternehmen hatten einen Brief an den Kanzler verfasst; wenig später wurde das Pool-Modell mit den Spitzenvertretern einiger weniger Verbände, Gewerkschaften und Unternehmen ausgearbeitet. So wurde die deutsche Verhandlungsposition durch starke Einzelinteressen geprägt.

Was der Sozialdemokrat Herbert Wehner einst über Willy Brandt sagte, gilt auch für Gerhard Schröder: „Der Kanzler badet gerne lau“ – er hat sich bei der Debatte über den Emissionshandel nicht zwischen gutem Regieren und Korporatismus entschieden. Damit brüskierte er nicht nur die an der Arbeitsgruppe Emissionshandel teilnehmenden Unternehmen und das für die Gruppe zuständige Bundesumweltministerium. Auch in Brüssel hat er auf diese Weise jede Menge Porzellan zerschlagen.

THOMAS LANGROCK UND TILMAN SANTARIUS sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.